

haben eigentlich alle versagt: das Zentrum und die konservative Partei durch ihre Tätigkeit, die liberale Partei durch ihr Geschehenlassen. So konnte es nicht fehlen, daß das deutsche Volk, gleichviel, welcher politischen Partei der Einzelne angehörte, sich nach einem Retter in der Not umsah.

In dieser Not wurde der Hansa-Bund gegründet, als ein Bund, der Gewerbe, Industrie und Handel ohne Rücksicht auf die politische Parteirichtung um sich scharen wollte, um ihnen dasjenige Recht im Staate zu verschaffen, das sie verdienen, das ihnen ihre bisherigen Vertreter zu verschaffen nicht imstande gewesen waren. Dieser Bund hat ja auch seine Vorgänger; der Bund der Landwirte hat seit Jahren, ohne Rücksicht auf die politische Richtung seiner Mitglieder, die Landwirtschaft um sich geschart, und wir wissen, was er mit dieser Einigung erreicht hat. Ebensovienig wie der Bund der Landwirte steht eine andere Partei auf einheitlichem Boden. Es ist dies die Zentrumsparlei, die in sich die verschiedensten politischen Richtungen vereint, die sich ebenfalls zur Verwirklichung ihrer Zwecke zusammengetan haben.

Deutschland ist aus dem Agrarstaat herausgewachsen. Im Verhältnis zur landwirtschaftlichen wird die Handel und Industrie treibende Bevölkerung immer zahlreicher, ohne daß sie imstande ist, das Gewicht, das ihr in der Verwaltung des Staates zukommt, wirklich in die Waagschale werfen zu können. Wenn man die Einteilung der Wahlbezirke durchsieht, so ist alles direkt darauf zugeschnitten, dem Lande Vorteile vor der städtischen Bevölkerung zu gewähren, das Land ist mindestens doppelt so stark vertreten wie die städtische Bevölkerung. Diesem Vorwiegen des Einflusses der sogenannten Agrarier entgegenzuarbeiten, und denjenigen, die den größten Teil der Steuern aufbringen, die Rechte zu verschaffen, die ihnen mangeln, und ihren Einfluß zu stärken, ist der Hansabund gegründet. Er wendet sich an den gesamten Handel und die gesamte Industrie und will durch die Zusammenfassung das erreichen, was bisher stets erstrebt, durch die politischen Parteien aber unerfüllt geblieben ist, der städtischen Bevölkerung, dem Handel und der Industrie zu ermöglichen, ihre Geschicke selbst zu lenken.

Es sei erlaubt, zur Erläuterung dieser Forderungen einige Zahlen anzuführen.

Im Laufe der letzten 25 Jahre ist die Bevölkerung des Deutschen Reiches von 45,7 Millionen im Jahre 1882 auf 63 Millionen im Jahre 1907 gewachsen. Dagegen hat nach den Ergebnissen der letzten Berufszählung die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung nebst Angehörigen sich vermindert, nämlich von 1892—1907 von 19,2 auf 17,7 Millionen und beträgt nur noch ein Drittel der Gesamtbevölkerung, während die Hälfte von Gewerbe und Handel lebt; sie hat sich in der Industrie um mehr als 60 Prozent (von 16 auf 26,4 Millionen) vermehrt, im Handel und Verkehr fast verdoppelt (von 4,5 auf 8,3 Millionen).

Mit dem Steigen der Zahl der in Handel und Industrie Tätigen stieg gleichzeitig der gesamte Außenhandel von 6,3 Milliarden im Jahre 1882 auf 15,6 Milliarden im Jahre 1907, während trotz erhöhter Agrarzölle die deutsche Landwirtschaft nicht imstande war, die für die vermehrte Bevölkerung erforderliche Getreide- und Fleischmenge zu produzieren. Auch die Nahrungsmiteleinfuhr steigerte sich während der letzten 25 Jahre von 1 Milliarde im Jahre 1882 auf nahezu 2 $\frac{1}{2}$ Milliarden im Jahre 1907.

Man hat dem Hansabund vorgeworfen, er sei ein politischer Verein, er müsse es sein, denn seine Zwecke könne er nur dadurch erreichen, daß er auf die Gesetzgebung Einfluß gewinnt, er müsse sich also zur Erlangung dieses Einflusses auf irgend eine politische Partei stützen. Es ist sehr leicht nachzuweisen, daß gerade das Umgekehrte der Fall ist.

Wenn man freilich davon ausgeht, daß, wer ein bestimmtes Ziel erreichen will, das nur durch eine Änderung der Gesetzgebung zu erreichen ist, politisch handelt, so müßte man auch den Hansabund einen politischen Verein nennen. Wenn der Börsenverein bei Gelegenheit der Beratung von Handelsverträgen, wenn ein anderer buchhändlerischer Verein bei Gelegenheit der Bestrebungen zur Änderung des Strafgesetzbuchs petitioniert, so sucht auch er einen Einfluß auf die Gesetzgebung in seinem Sinne geltend zu machen, und dies kann er nur, wenn er sich an die Regierung oder an das Parlament oder eine bestimmte Partei in diesem Parlament wendet. Es hat aber noch nie jemand behauptet, daß ein solcher Verein darum ein politischer geworden wäre. Wenn also der Hansabund den Einfluß von Handel und Gewerbe stärken und seine Ansichten verwirklichen will, so treibt er entweder ebenso wenig oder ebensoviel Politik, wie irgend eine Privatperson dies tut, die zur Erreichung gewisser Zwecke sich an die Regierung oder das Parlament oder an eine bestimmte Partei wendet. Daß diese Ansicht auch an hoher Stelle Billigung findet, geht daraus hervor, daß der bayerische Ministerpräsident von Podewils im Finanzausschuß der bayerischen Abgeordnetenkammer, in dem vor einigen Tagen das Wesen des Hansabundes erörtert wurde, erklärt hat, er könne den Hansabund nicht als einen politischen Verein ansehen; durch die Bundesräte seien politische Bestrebungen ausgeschlossen, und es würden von dem Bunde nur wirtschaftliche Zwecke verfolgt werden. Wird der Hansabund die Befolgenschaft haben, die ihn dazu befähigt, so wird nicht er die politischen Parteien aufzusuchen haben, vielmehr werden diese ihn aufsuchen, und die Mitglieder des Hansabundes werden nicht nach politischen Rücksichten, sondern nach ihrem Interessenstandpunkt als Gewerbetreibende, Kaufleute und Industrielle demjenigen Abgeordneten ihre Stimme geben, der sich bereit erklärt, ihre Interessen zu vertreten und die Forderungen, die sie stellen, zu verwirklichen.

In Nr. 6 der Mitteilungen des Verbandes der Kreis- und Ortsvereine im Buchhandel hat der Vorstand einen orientierenden Aufsatz über den Hansabund veröffentlicht und an die Vorstände und die einzelnen Mitglieder die Bitte gerichtet, ihm ihre Meinung über den Anschluß an den Hansabund mitzuteilen. Die erfolgten Meinungsäußerungen sprechen sich gegen einen korporativen Beitritt des Verbandes aus, lassen aber die Frage des Beitritts für den Einzelnen offen. Auch im Börsenblatt, in das der oben erwähnte Aufsatz auszugswise übergegangen war, haben sich ein paar Stimmen hören lassen, die sich als Gegner des Hansabundes bekannt haben. Eine dieser Stimmen behauptet, daß ihr die neuen Steuern lediglich eine Neubelastung von 3 \mathcal{M} 80 \mathcal{J} für Glühstrümpfe gebracht haben. Dieser Herr Kollege scheint also gar keinen Scheckverkehr zu haben, er braucht keine Wohnung und kein Geschäftslokal, ihn stört also auch nicht der erhöhte Mietstempel, er trinkt weder Kaffee, noch Tee, noch Bier, noch gebraucht er Zucker in seinem Haushalt, welcher letzterer die schon beantragte Ermäßigung nicht erfahren hat. Er scheint von keiner Erhöhung der Lebensmittelpreise zu wissen und ist sicher glücklich zu preisen, daß er in einem Ort lebt, in dem man von allen diesen Dingen nichts weiß. Um so mehr dürften seine Kunden davon wissen, die infolge der Teuerung ihre Bücherkäufe einschränken werden. Ist doch das Buch noch immer ein Luxusartikel, der stets leichter entbehrt wird als andere — nicht direkt zum Leben notwendige — Gegenstände. Auch die Abwälzung der Steuer auf seine Abnehmer ist dem Sortiment unmöglich, es ist an den Ladenpreis gebunden, und der auf dem von dem Verleger gewährten Rabatt beruhende Bruttonutzen steht fest, während der so bescheidene Nettotonnen durch die Erhöhung der Spesen weiter gekürzt wird. Hierüber